

Grobes Foul zweier Bundesräte

«Für Schneider-Amman ist 8-Tage-Regel nicht zwingend», Ausgabe vom 25. Juni

Auf welcher Seite stehen Ignazio Cassis und Johann Schneider-Amman? Während die halbe Schweiz diskutiert, ob sich unsere Nati-Spieler neben der Schweiz auch noch mit einem anderen Land verbunden fühlen dürfen, nutzen die zwei FDP-Bundesräte die Gunst der Stunde für einen Angriff auf die flankierenden Massnahmen. Das ist ein grobes Foul gegen die Schweizer Arbeitnehmenden und gehört entsprechend geahndet.

Mit flapsigen Sprüchen setzen sie die bilateralen Verträge mit der Schweiz aufs Spiel. Auch wenn ihre Einflüsterer der SVP etwas anderes behaupten: Unser Land braucht mehr Lohnschutz und nicht weniger! Im Gegensatz zu unseren Fussballern müssen sich die Bundesräte Cassis und Schneider-Amman endlich entscheiden, auf welcher Seite sie in der Frage der Lohnkontrollen stehen: Bei der arbeitenden Bevölkerung unseres Landes oder doch auf Seite der EU?

Giuseppe Reo, Luzern, Regionalsekretär Unia Zentralschweiz

Endlich ist Emmen wieder einmal spitze

«Emmens Steuerfuss ist jetzt spitze», Ausgabe vom 28. Juni

Ja, Emmen ist mit dem nun vom Regierungsrat beschlossenen Steuerfuss wirklich Spitze. Für den Emmer Gemeindepräsidenten ist dies nicht überraschend. Im Interview (am 26. Juni in der LZ) erwähnt der Gemeindepräsident, dass ihm viele Leute sagen, sie sehen ein, dass die Gemeinde mehr finanzielle Mittel braucht bzw. dass der Einwohnerrat sich in dieser Frage weniger einig war als das Volk. Diese Aussage erstaunt

doch sehr, da am 10. Juni 2018 die Steuererhöhung in Emmen mit rund 62 Prozent abgelehnt wurde und vermutlich nicht nur die Einwohnerräte an die Urne gingen. Doch man darf nicht vergessen, Emmen hat noch andere Spitzenplätze bzw. wird diese nächstens erklimmen:

Erstens: Leerwohnungsbestand in der Gemeinde Emmen, denn dieser Steuerfuss lockt sicherlich nicht neue Bewohner an. Mit dem momentanen Bauboom gibt es wohl Umzüge von Emmer Bürger in neue Wohnungen, dadurch werden

jedoch wieder «alte, billigere» Wohnungen frei und diese werden sicherlich nicht von grossen Steuerzahlern in Anspruch genommen.

Zweitens: Besoldung Gemeinderäte (zum Beispiel im Vergleich mit der Stadt Luzern).

Drittens: Überraschenderweise plötzlich zu wenig Schulraum bzw. dadurch fallen Investitionen an. Mit all diesen Voraussetzungen wird Emmen weder das angestrebte qualitative Wachstum noch das quantitative Wachstum erreichen, sprich hier wird kein Spitzenplatz

erreicht werden können. Spitze wäre auch, wenn die Emmer gefragt werden, wie und wo man sparen kann. Vorschläge meinerseits wurden zwar vom Gemeinderat verdankt und beantwortet, doch der Hinweis «das wäre jedoch ein Leistungsabbau» fehlte nicht. Ja das ist so, doch bei jeder Person welche mehr Ausgaben als Einnahmen hat, benötigte es hie und da «schmerzhaft» Lösungen (nicht Steuererhöhung), sondern sparen.

Richard Frei, Emmenbrücke

Zankapfel Kriegsmaterial

«Bundesrat erfüllt Wunsch der Rüstungsbranche», Ausgabe vom 16. Juni

Weshalb müssen wir in der Schweiz unsere immer knapper werdenden Arbeitskräfte ausgerechnet für die Kriegsindustrie einsetzen? Wenn es den beteiligten Kriegsmaterialexporteuren um sichere Arbeitsplätze geht, sind sie gut beraten, politisch weniger umstrittene Güter herzustellen.

Die Ruag in Emmen hat es bereits geschafft, sich vermehrt auf zivile Produkte zu konzentrieren. Zu Recht weist die SVP-Nationalrätin Natalie Rickli darauf hin, dass aus neutralitätspolitischen Überlegungen die Lockerungen der Kriegsmaterialexporte heikel sind.

Sehr sonderbar erscheint die Klausel, dass Exporte selbst in Länder erlaubt werden sollen, die in einen internen bewaffneten Konflikt verwickelt sind, falls kein Grund zu Annahme bestehe, dass das exportierte Kriegsmaterial im Konflikt eingesetzt werde.

Glaubt der Bundesrat, dass diese Länder in der Schweiz Rüstungsgüter für ihr Kriegsmuseum kaufen?

Martin A. Liechti, Maur

Skandalöses Verhalten

«Car-Parkierung muss neu diskutiert werden», Ausgabe vom 29. Juni

Die Jahrelange Hick-Hack-Politik des Stadtrates sucht seinesgleichen. Tausende Franken von Steuergeldern wurden durch unqualifiziertes Geschwätz in Sitzungen und mit Statements versaut. Zuletzt wollte der Luzerner Stadtrat noch einen Teil der Allmend für Carparkplätze zubetonieren und die Touristen in die schon bei jedem Event auf der Allmend vollgestopfte Zentralbahn verfrach-

ten. Irrsinn! Notabene: Jede Parkmöglichkeit für Cars in der Stadt Luzern bedingt einen Anfahrt- und Abfahrtsweg, es entsteht somit keine Verkehrs-entlastung.

Eine seriöse Konsultativabstimmung hätte über die gewünschten Prioritäten Klarheit verschafft, eine Planung hätte sofort umgesetzt werden können. Doch das himmeltraurige Gezänk beginnt auf dem Buckel der Steuerzahler wieder von vorne.

Rolf Lötscher, Luzern

Reine Verkehrsverdrängung

Zum Fahrverbot an der Libellenstrasse, Ausgabe vom 22. Juni

Das Fahrverbot auf der Libellenstrasse in der Stadt Luzern ist seit dem 25. Juni Tatsache. Die dortigen Bewohner haben nun ihre Ruhe, die Verkehrsteilnehmer von und nach Ebikon stehen noch etwas länger im Stau, und die Anwohner an der Maihof-/Friedentalstrasse sowie an der Luzernerstrasse in Ebikon (Dosierampel) ertragen den zusätzlichen Verkehr und Lärm. So stellen wir uns konsensorientierte, auf Zusammen-

arbeit basierende Verkehrspolitik nicht vor!

René Friedrich, Präsident FDP, Ebikon

Bitte kurz

Bitte fassen Sie sich kurz, damit möglichst viele Briefe Platz haben. Ihr Schreiben sollte höchstens 1800 Zeichen umfassen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen oder sie nicht zu publizieren.